

Der Proletarier.

Organ des Verbandes der Fabrik-, Land-, Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.

№ 30.

Diese Zeitung erscheint jede Woche Sonnabends. Preis pro Quartal durch die Post bezogen 1 M. Eingetragen in die Postzeitungsliste Nr. 6482. Geschäftsverträge pro 3spaltige Zeile oder deren Raum 25, für Zahlst. 15 Pf. Off.-Annahme 10 Pf.

Hannover,
Sonnabend, den 27. Juli 1907.

Verlag: A. Bohrer, Hannover, Münzstr. 5.
Verantwortlicher Redakteur:
S. Schneider, Hannover, Münzstraße 5, III.
Fernsprech-Anschluß 3002.
Druck von G. A. H. Meißner & Co., Hannover.

16. Jahrg.

Zur Beachtung!

Heute ist der 30. Wochenbeitrag fällig.

Streiks oder Aussperrungen

bestehen in Langenberg, Hannover, Sannau, Straßburg i. G., Hamburg, Glanhou, Kassel.

An Streiks oder Aussperrungen beteiligt sind wir in Flensburg, Berlin, Ziegel, Hennigsdorf, Bremen, Eisenberg und Meißen.

Zugang nach den angeführten Orten ist streng fernzuhalten.

Unfälle auf Ziegeleien.

Mit der Entwicklung der Industrie ist auch von Jahr zu Jahr eine Steigerung und Vermehrung der Unfälle zu verzeichnen. Die gleiche Beobachtung ist auch in der Ziegeleiindustrie zu machen. Die in letzterer beschäftigten Kolleginnen und Kollegen sind in immer steigendem Grade der Gefahr ausgesetzt, das Leben einzubüßen. Der Verlust von Gliedmaßen oder deren Verkrüppelung gehört zu dem Risiko, welches von den Arbeitsbienen auf den Ziegeleien getragen werden muß. Im Vergleich zu dem fargen Lohn, welchen die Ziegeleiarbeiter erhalten, ist dies Risiko ein ungeheuer großes.

Für die Unfälle gibt es mancherlei Ursachen. Eine der häufigsten ist das Fehlen einer gesetzlich festgelegten Arbeitsgrenze. Ein Arbeitstag, begrenzt zunächst auf 10 Stunden, würde die Unfallziffer einschränken. Heute sind die Ziegeleien wegen ihrer langen Arbeitszeit zu einer traurigen Berühmtheit gelangt. So mancher industrielle Ausbeuter, dem in der täglichen Ausnutzung seiner Arbeiter durch die Macht der Organisation oder durch Gesetz Schranken gezogen sind, mag wohl mit Neid auf die Unternehmer in der Ziegeleiindustrie blicken, wo bis zu 16 und mehr Stunden noch so vielfach geschuftet wird.

Eine so lange Arbeitszeit, wie sie auf Ziegeleien üblich, merget den Körper aus und vermindert die geistige Spannkraft. Der Arbeiter ist der Gefahr an Leben und Gesundheit umso mehr ausgesetzt, je mehr er der geistigen Frische entbehrt. Geistige Frische und Aufmerksamkeit gegenüber den Gefahren im Betriebe — wo sollen sie herkommen bei einer unmeniglich langen Arbeitszeit. Nach mehr als 12-, ja 16- bis 18stündiger Arbeitsqual sinkt der Arbeiter auf sein hartes Lager, das in den zur Genüge bekannten Quartieren aufgeschlagen, um nach wenigen Stunden unausgeruht aufzustehen und den Gefahren der Arbeit sich erneut auszusetzen. Kein Wunder, wenn dann die Arbeit immer größere Opfer fordert, das Schlachtfeld der Ziegeleiarbeit mit dem Blute der Arbeiter getränkt wird.

Eine weitere Ursache der Unfallhäufigkeit ist in der mangelhaften Bezahlung zu finden. Vom Ziegeleiarbeiter fordert nicht nur der Besitzer der Produktionsmittel unbezahlte Arbeit, zu ihm gesellt sich auch noch der Ziegelmeister, der Akkordant. Auch für diesen hat der Ziegeleiarbeiter mit zu schuften, auf daß ein gutes Teil von Zieglersehweiß, umgemünzt in blinkendes Metall, in des Ziegelmeisters Tasche fließt. Tage- und Stundenlöhne sind auf den Ziegeleien wenig zu finden. Diese sind verdrängt durch das Akkordsystem, bei welchem der Arbeiter sein eigener Antreiber ist. Mit Emsigkeit und in größtem Fleiß muß geschanzt werden, damit nur das zum Leben notwendige herausgeschlagen wird. Aus diesem Grunde erblicken die Kollegen leider nicht selten in den Unfallschutzvorrichtungen den Ertrag ihrer Arbeit hindernde Einrichtungen und schenken jenen Verhütungsmitteln nicht die richtige Würdigung, die zum Schutze ihres Lebens oder ihrer Glieder angebracht worden sind. Hier aufklärend mitzuwirken, muß Aufgabe der Agitation sein.

Die Mehrzahl der Unfälle dürfte aber auf das mangelnde Verantwortlichkeitsgefühl der Unternehmer zurückzuführen sein. Diese erblicken nicht selten in der Anbringung oder in der Instandhaltung der Schutzvorrichtungen eine Belastung des Produktionskontos, wodurch die Profitsumme eine Schmälerung erfahren könnte. Aus Gewinnjucht werden nicht selten die Maschinen und andere zur Erzeugung erforderlichen Gegenstände ausgenutzt, bis sie eine Gefahr für die damit Arbeitenden geworden. Ist es doch in verfloßenen Jahre im Regierungsbezirk Bromberg vorgekommen, daß die Fabrikinspektion einen Ringofen wegen gefährlicher Bauartigkeit außer Betrieb setzen mußte. Diese eine Tatsache redet ganze Bände über die Rücksichtslosigkeit, mit der in Ziegeleien gegenüber den Arbeitern gehandelt wird.

Auch sonst sind Beweise noch anzuführen, wie Unternehmer um des Profits willen die Arbeiter in Gefahr bringen. Im Regierungsbezirk Marienwerder befanden sich die Gebäude der kleineren Ziegeleien in gefährlichem Zustande, indem die Standfestigkeit der Trockenschuppen und die Zugänge und Laufbretter für die Trockengeräte vernachlässigt worden waren.

Im Regierungsbezirk Merseburg waren wiederholt Handverletzungen bei Bedienung der sogenannten Revolverpressen für Dachsteine dadurch vorgekommen, daß der einlegende Arbeiter die Hand nicht schnell genug von der Form entfernt und die Hand von dem niedergehenden Stempel gequetscht wird. Wirksame Schutzvorrichtungen lassen sich an diesen Pressen, deren Matrizenwellen sich um eine horizontale Achse drehen, nicht anbringen, so daß die Arbeiter auf ihre eigene Aufmerksamkeit angewiesen sind. Da die einförmige Arbeit einschläfernd wirkt, wurde empfohlen, die Aufleger öfter zu wechseln und keine jungen Leute unter 18 Jahren daran zu beschäftigen. Die Fabrikleitung leistete in keiner Hinsicht Folge, es wurde daher durch polizeiliche Verfügung die Beschäftigung von Arbeitern unter 18 Jahren an diesen Maschinen verboten. Die Fabrikleitung fand dann noch den Mut, gegen das Verbot Beschwerde zu führen, glücklicherweise ohne Erfolg.

Aus dem Regierungsbezirk Münster wird vom Fabrikinspektor berichtet, daß ein Ziegeleibesitzer mündlich und schriftlich aufgefordert wurde, eine Lehmgrube vorschriftsmäßig abzubauen. Er kam der Aufforderung nicht nach. Diese Mißachtung hatte dann ein Arbeiter mit dem Tode zu führen. Wegen fahrlässiger Tötung wurde der schon vorbestrafte Unternehmer zu 3 Monaten Gefängnis verurteilt. — Im Regierungsbezirk Kassel fand ein Arbeiter in der Lehmgrube durch herabfallende Lehm Massen den Tod. Da er allein gearbeitet, sollen die näheren Umstände nicht festzustellen gewesen sein. Die Ursache wird eben auch unvorschriftsmäßiger Abbau gewesen sein. Im Wiesbadener Bezirk veranlaßte im Jahre 1905 der unvorschriftsmäßige Abbau auch den Tod eines Arbeiters. Die Mißachtung der Vorschriften brachte dem Ziegelmeister 9 Monate Gefängnis ein. Die Bestrafung in allen Ehren, aber dadurch wird ein Menschenleben nicht wiedergegeben, sie veranlaßt wohl kaum, daß ähnliche Verstöße von Betriebsleitern sich nicht wiederholen. Das sicherste Vorbeugungsmittel ist, daß die Kollegen es einfach ablehnen, in solchen Gruben zu arbeiten, und bestimmt darauf drängen, daß der Abbau in der vorschriftsmäßigen Weise vollzogen wird.

Auch die Rundgänge tiefliegender und schnellgehender Mähwerke bei den Tonschlämmereien können recht gefährlich werden. Sie müssen nach Meinung des Bromberger Beamten mit einem festen Geländer umzäunt werden. Hoffentlich veranlaßt die Berufsgenossenschaft, daß das geschieht, bevor erst Ziegeleiarbeiter durch Einbuße an Leben und Gesundheit die Notwendigkeit erharren müssen.

Im Bezirke Lüneburg haben die Beamten sich bemüht, das Interesse der Arbeiter für die Unfallverhütung zu wecken. Ihre Ausführungen haben bei den gelehrten Arbeitern durchweg gute Aufnahme gefunden, während sie vielfach bei den Saisonarbeitern in Zuckfabriken und in Ziegeleien, sowie bei den fremden Arbeitern der Zementfabriken auf fast völlige Gleichgültigkeit und Verständnislosigkeit gestoßen sind. Darin liegt ein geradezu beschämendes Zeugnis für diese unsere Kollegen. Gegen diese Rücksichtslosigkeit und sträfliche Gleichgültigkeit anzukämpfen, muß Aufgabe aller unserer Kollegen sein, die den künftigen Schutz für ihr Leben und ihre Gesundheit doch etwas höher einzuschätzen in der Schule der Organisation bereits gelernt haben.

Wir wollen nicht unterlassen, auf das merkwürdige Verhalten der Bromberger Polizeibehörde bei Unfällen hinzuweisen. Wie der Bromberger Bericht mitteilt, wurden mehrere wichtige Unfälle erst durch Zeitungsnotizen bekannt und die Polizeibehörden mußten an die rechtzeitige Einwendung der Meldungen erinnert werden. — Gegenüber der kulturellen gewerkschaftlichen Tätigkeit hat die Bromberger Polizei eine weit fixere, allerdings entbehrlich gewesene Rührigkeit an den Tag gelegt.

Zweiterlei ist erforderlich: es gilt, den Kampf zu führen gegen Arbeiterleben und Arbeiterknochen mißachtende Unternehmer, und es gilt, Belehrung zu tragen in jene Reihen der Kollegen, deren Gleichgültigkeit in Unfallsachen gerade zur Gemeingefährlichkeit werden kann. Beides ist zu erreichen durch die Organisation. Ziegeleiarbeiter, schließt euch deshalb unserem Verbands an.

Aus der Papierindustrie.

Die Gesundheitsverhältnisse in Papierfabriken.

Die Gesundheitsverhältnisse der Arbeiterschaft in den Papierfabriken werden sehr oft als günstig geschildert. Ob dazu die annütige Lage mancher Papierfabriken inmitten grüner Wäldungen oder das unschuldige Aussehen des Papiers mehr beiträgt, lassen wir dahingestellt, jedenfalls ist die Ansicht irrig. Namentlich in den Feinpapierfabriken, in denen Lumpen verarbeitet werden, ist der Gesundheitszustand der Beschäftigten nicht weniger als günstig. Die Lumpenböden sind oft wahre Krankheitsherde, und auch in den übrigen Abteilungen dieser Betriebe ist die Krankheitsziffer außerordentlich hoch. Eine recht interessante Untersuchung der Gesundheits-

gefähr bei der Verarbeitung von Lumpen hat der Gewerbeinspektor Herr Dr. Bender veranstaltet; die wichtigsten Ergebnisse dieser Untersuchung führen wir nachstehend an.

Einleitend bemerken wir noch, — nach der eigenen Erklärung des Herrn Dr. Bender, die Untersuchungen sich nur auf solche Papierfabriken erstreckten, die besonders reine, versortierte, größtenteils vorher gebroschene Lumpen verarbeiten. In anderen Betrieben, wo wahllos alle Lumpen verarbeitet werden, wird also das Verhältnis noch wesentlich ungünstiger für die Beschäftigten sein.

Die Untersuchung erstreckte sich auf 1775 Arbeiter und Arbeiterinnen, die vier Jahre lang kontrolliert wurden. Durch die lange Dauer der Beobachtung wird natürlich das Material besonders wertvoll, weil das Resultat nicht durch Zufälle beeinflusst ist.

Herr Dr. Bender gliedert die von ihm untersuchten Arbeiter in fünf Abteilungen: 1. Lumpenböden, 2. Dampfmaschine, Papiermaschine, Holländer, 3. Walze, Kleberei usw., 4. Stube (Fertigmacherei), Papierfortiererei usw. und 5. Hofarbeiter und Handwerker. Die beobachteten Krankheiten teilt er ein in: A. Krankheiten des Atmungsorgans, B. Ansteckende Krankheiten (Rose, Typhus, Diphtherie), C. Erkältungskrankheiten, D. Sonstige Krankheiten. Unfälle und durch Wochenbett verursachte Krankheitsstadien scheidet er aus. Die Ausschreibung der Unfälle ist bedauerlich, erklärt sich aber aus dem Zweck der Statistik, die lediglich den Einfluß des Lumpenstaubes auf die Gesundheit der Arbeiter feststellen sollte.

Nachfolgende Tabelle zeigt uns das Ergebnis der Untersuchung. Die ersten 3 Spalten geben an, wieviel von je 100 Beschäftigten an den verschiedenen Krankheiten litten (die Erkältungskrankheiten haben wir der Einfachheit halber unter „Sonstige Krankheiten“ eingerechnet), Spalte 4 zeigt, wieviel in der betr. Abteilung von je 100 Beschäftigten überhaupt erkrankten und Spalte 5 gibt die Zahl der Krankheitsstage an, die auf jeden in der betreffenden Abteilung Beschäftigten entfallen, wenn die gesamten Krankheitsstage gleichmäßig auf alle verteilt würden.

Abteilung	Erkrankungen	Erkrankungen	Erkrankungen	Auf jeden in der Abteilung Beschäftigten entfallende Krankheitsstage
	der Atmungsorgane	Ansteckende Krankheiten	Sonstige Erkrankungen	
	Proz.	Proz.	Proz.	Proz.
Lumpenböden . . .	8,5	1,2	29,0	33,7
Maschinenarbeiter . . .	5,1	0,3	21,4	26,8
Walze, Kleberei usw. . .	7,5	0,5	23,9	31,9
Stube, Papierfortiererei usw. . .	7,4	0,6	25,1	33,1
Hofarbeiter und Handwerker . . .	6,6	0,3	20,2	27,1

Die Zusammenstellung zeigt uns, daß der Lumpenjaal in jeder Rubrik die höchste Ziffer stellt; bei den ansteckenden Krankheiten ist die Zahl der Erkrankten mehr als doppelt so hoch wie in allen übrigen Abteilungen der Betriebe und die Zahl der Krankheitsstage beträgt auf den Kopf der Beschäftigten in den übrigen 4 Abteilungen im Durchschnitt 6 Tage, im Lumpenjaal 11,77 Tage, also auch hier nahezu das Doppelte. Da es sich bei dieser Zusammenstellung aber um Betriebe handelt, die noch unter verhältnismäßig günstigen hygienischen Bedingungen arbeiten, so kann sich jeder ausmalen, wie demnach in den Betrieben die Gesundheit der Arbeiter leidet, wo dies nicht der Fall ist.

In krassem Gegensatz zu diesem schnellen Verschleiß der Arbeitskräfte steht die Bezahlung in den Papierfabriken, und die Arbeiterschaft hat allen Anlaß, durch Schaffung einer starken Organisation für besseren Schutz ihrer Gesundheit und bessere Bezahlung ihrer Arbeitskraft zu sorgen.

Erholung der Arbeiter.

Die Dypeler Handelskammer schreibt in ihrem Bericht über die Papier- und Zellstofffabriken:

„Im allgemeinen herrschte Mangel an geeigneten Arbeitern. Das Verhältnis zur Arbeiterschaft war ein gutes; aussergewöhnliche Entlohnungen von Arbeitern sind nicht vorgekommen, ebensowenig Streikbewegungen. Die meisten Fabriken sorgen durch Vermehrung der Wohnraumeinrichtungen und Neubauen von guten Wohnhäusern dafür, daß die Arbeiter zufriedener sein können. Viele Fabriken geben auch ihren Arbeitern und deren Angehörigen Gelegenheit, sich in der freien Zeit durch Arbeit auf zu billigen Mietpreisen zur Verfügung gestelltem Acker zu ergötzen.“

Also die Fabriken geben ihren Arbeitern Gelegenheit, sich in ihrer freien Zeit durch Arbeit auf dem Acker von der Arbeit in der Fabrik zu erholen. Das ist eigentlich ganz konsequent, die Befindlichen erholen sich durch Nichtsein im Bilde vom Nichtsein daheim und die Arbeiter erholen sich durch Arbeit von der Arbeit. So will es unsere „göttliche Ordnung“ und wer gegen diese merkwürdige Regelung macht, ist ein Heizer und Wähler, der ausgeperrt oder eingesperrt werden muß.

Aus der chemischen Industrie.

Kapitalkonzentration in der Rüstindustrie.

In der kürzlichen Generalversammlung der Kölner Rüstfabriken, A. G. in Bors, wurde wegen der nicht sehr günstigen Lage der Fabrik — es war eine Unterbilanz von 124.242 Mark herausgerechnet — der Geschäftsbericht und die Entlastung des Vorstandes vertagt, dagegen folgende Maßnahme beschlossen, die bezeichnend für die kapitalistische Konzentration kleiner durch größere Betriebe auch in dieser chemischen Branche ist.

Zu einem Abkommen wegen Verschmelzung des Unternehmens mit einer anderen Firma wurde nämlich bekannt gegeben, daß mit der Firma August Wegelin, Rüstfabriken in Kalscheuren, eine vorläufige Vereinbarung zwecks Uebernahme des Betriebes der A. G. Kölner Rüstfabriken getroffen worden sei. Zu diesem Zwecke soll die Firma August Wegelin in eine Aktiengesellschaft umgewandelt und mit 1.300.000 Mark Grundkapital ausgestattet werden. Die Gründung ist bereits unter der Firma August Wegelin, A. G. für Leasingprodukte und chemische Industrie erfolgt. Die Kölner Rüstfabriken sollen 200 Aktien der neuen Gesellschaft erhalten und lediglich ihre Liegenschaften, die Fabrik in Bors und die Einrichtungen einbringen, während die Liquidation der sonstigen Vermögensgegenstände und Verbindlichkeiten der A. G. Kölner Rüstfabriken überlassen bleibt. Soweit es bei dieser Liquidation erminnt wäre, statt der Aktien der neuen Gesellschaft Bargeld zu erhalten, sollen für jede Aktie der Gesellschaft August Wegelin 1250 Mark in bar gezahlt werden. Herr Gottfried Wegelin tritt in den Vorstand der Gesellschaft auf fünf Jahre gegen 10.000 Mark Gehalt und 5 Prozent Anteil am Gewinn nach den üblichen Abzügen. Für 1 Million Mark bringt die Firma August Wegelin unter anderem ihr sieben Morgen großes Fabrikgrundstück in Kalscheuren mit Maschinen, außerdem 150.000 Mark bares Betriebskapital in die Gesellschaft ein, ferner sämtliche Schulpflichten und Forderungen. Sie verpflichtet sich auch auf die Dauer von drei Jahren, der neuen Gesellschaft ihre in Kalscheuren noch vorhandenen, der Fabrik benachbarten Grundstücke von 18 Morgen zu 8000 Mark der Morgen, bezw. 3000 Mark der Morgen für die entzerrten Gelände zu überlassen. Die Fabrik der Firma August Wegelin in Köln-Sülz soll der neuen Aktiengesellschaft höchstens auf fünf Jahre zu 5000 Mark jährlich pachtweise überlassen und dann als Rüstfabrik dauernd außer Betrieb geleitet werden. (Nach den Arbeitern fragt niemand! Red.) Auch verpflichten sich die Inhaber, keinen Wettbewerb zu bereiten, außer in Nordamerika, bezüglich dessen aber auch Vereinbarung anzugehen wird. Bis zur Durchführung der obigen Maßnahmen verpachtet die A. G. Kölner Rüstfabriken ihre Fabrik an die Firma August Wegelin zu 15000 Mark Pachtsumme das Jahr. Falls das ganze Vorhaben nicht innerhalb drei Monaten erledigt ist, kann die Firma Wegelin das Pachtverhältnis bis zum Jahre 1919 aufrecht erhalten. Das gesamte neue Unternehmen soll vom 1. Juli 1907 ab gelten.

Aus der zwei Stunden währenden Aussprache haben wir nachstehendes hervor: Herr Grüneberg-Köln sagte aus, als er in den Ausschuss trat, habe er keine Abnung von der Fikt der Rechtsstreife gehabt, welche verlegen hätte. Er habe sich alle Mühe gegeben, die Rechtsstreife beigelegen, insbesondere auch diejenigen mit der Firma Wegelin, welche hauptsächlich wegen der Patente und Verlegung derselben geschweben. Die Firma Wegelin besitze eine erschöpfende Rüstfabrik. In der Hauptversammlung hätten die Aktionäre von jenen Rechtsstreifen kein Kenntnis erhalten, weshalb in ganz einschneidender Art gewesen seien. Er (der Redner) habe die Ueberzeugung gewonnen, daß etwas geschehen müsse, um die Gesellschaft überhaupt vor dem Untergang zu retten; dem der Rechtsstreife sei zugunsten der A. G. Kölner Rüstfabriken ausgegangen, und diese habe die Verschuldung von schwerem Fuß einstellen müssen. Außerdem habe die Firma Wegelin 150.000 Mark Schadenersatz beantragt. Zahlmäßig gewährte der Gintausch von 700 gegen 20 Aktien ein schlechtes Bild. Die Aktien der A. G. Wegelin würden aber von allerley Güte sein, weil dort sehr gute Urträge erzielt würden. Die A. G. Wegelin arbeite bereits in der Fabrik der A. G. Kölner Rüstfabriken und erledige die vorhandenen Aufträge, auch die mit Verlust verbundenen. Die Herren Wegelin hätten allerdings vollen Einblick in ihre eigenen Bücher abgeleitet.

Sie festgestellt wurde, bleiben der A. G. Kölner Rüstfabriken Zuschüsse und Guthaben bei der Rechtsstreife von 18.000 Mark erhalten; diesen stehen aber fremde Guthaben und Bankguthab mit 22.800 Mark gegenüber. Eine entsprechende Forderung gegen den bisherigen Vorstand beläuft sich auf 824 Mark. Die Gesellschaft werde im großen und ganzen statt aus der Liquidation herauszukommen, vielmehr auch etwas Ueberflüssig behalten, wenn der Betrieb in Bors gut gehen wird.

Als jenen Worte dieser Ausführungen erhielt, wie die große und lehrreiche Rede hier bei den Leitern das Leben seiner gemacht hat, bis sie zur Verführung war. Da seien keine Gesetze der Moral und der Gerechtigkeit, da wird nichtigstes gekämpft, bis sich der laienhafte Kapitalist ergeben muß und ergibt, denn er fährt ja mit dem Gesetz und Rechtigen besser. Aber die Kapitalisten sollen nun auch den Leitern keine Vorwürfe mehr über Niedrigkeit und Verschwendung halten, wenn diese durch ihren Geschäftsstempel ihr Wes nur ein wenig zu verbessern suchen.

Ungerechte Kapitalistenrechte.

Die Arbeiter Schichtarbeiter-Aktiengesellschaft in Dortmund hat 1906 die Rechte der Gesellschaft gemacht. Bei Prüfung der Baurechnung für ihre neue Fabrik Kammholz und späterer Revision der Bücher haben die Kapitalisten in der früheren Geschäftsführung keine Rücksicht auf die Interessen der Arbeiter genommen. Die Rechnungslegung gegen den früheren Vorstand Herrmann und gegen den früheren Vorstand Dr. Salzwitz hinsichtlich Uebernahme beantragt, und sie will beide Parteien auch verurteilend für den zugesagten Schaden verantwortlich machen. Verantwortlich sind die beiden Herren ebenfalls unabhängig wie gegen ihre Kapitalisten, gegen ihre Arbeiter gewesen. Weder für geschädigt zusammen. Jetzt hat ihre Herrlichkeit ein Ende, und sie die Kapitalisten wieder einmal weniger gefallen lassen, als die Arbeiter.

Kapitalisten-Gierigkeit in der Chloromagnesiumbranche.

In letzter Zeit sind die Verhandlungen zwischen der Chloromagnesium-Produzenten und der Arbeiter-Gewerkschaft wieder aufgenommen worden. Es ist in einer in Bonn abgehaltenen Konferenz die der U. G. H. Heiberg geborene Gewerkschaft Friedrich Heiberg in Bonn zur Verhandlung zugezogen worden, wie sie die Gewerkschaft Gießerei betriebe werden die Verhandlungen wegen Fortsetzung des Streiks auf dem Chloromagnesiummarkt, die durch die ganz und faständige Verkäufe der Arbeiter-Gewerkschaft Gießerei angesetzt worden waren, ihr Ende finden. Als ein besonders bemerkenswerter Moment des Abkommens möchte die Forderung und der Chloromagnesium-Produzenten in hervorzuheben, daß es der Arbeiter-Gewerkschaft Gießerei gestattet wird, die Chloromagnesium-Produzenten, die ihren Betrieb zu lassen, ganz und überläßt auf Gewerkschaft Gießerei zu lassen, und ebenso darüber ungenügend die auf die Chloromagnesium-Produzenten Markt ganz oder teilweise von Gießerei absetzen und absetzen werden. Das diesem Zugeständnis, von welchem die beiden Gewerkschaften vorübergehend ausgingen, warden werden, hätte für die Gießerei-Gewerkschaft eine erhebliche Erhöhung der Arbeitslöhne resultieren. — Ob sie deshalb ihre Arbeiter besser bezahlt? Kann. So lange die Arbeiter nicht mindestens in etwa sind wie ihre Kapitalisten, werden im Gegenteil jede Fortsetzung des Kampfes, wie die obige, nur höhere Ausbeutung für die Arbeiter wie für das kassierende Publikum.

Wichtige Resolutionen und chemische Industrie.

Das internationale Komitee wird auch in unserer Sprache viel mehr durch die wichtige Resolutionen geführt, als manche Arbeiter jetzt wissen. So betraf die Resolutionen des Komitees ein gemeinsames Unternehmen der Arbeiter in Bonn, dessen 7 Millionen Mark betragendes Grundkapital sich fast ganz im Besitz der Arbeiter-Gewerkschaft befindet. Im Verlaufe dieses Unternehmens wird jetzt erwartet, daß sich der Arbeiter in Bonn ein eigenes Unternehmen bilden wird.

nisse" eine befriedigende Weiterentwicklung des russischen Unternehmens zu berechnen war; die erwartete Steigerung des einheimischen Konsums sei bei der flotten Beschäftigung der russischen Industrie bereits eingetreten, sodaß die Verwaltung wegen des Verkaufes dieses vertrauensvoll in die Zukunft sehe. Je stiller die Revolution wird, desto besser geht es den Kapitalisten. Kein Wunder, daß sie aus hundert und ein Gründen die leidenschaftlichsten Gegner der Volksherrschaft sind!

Ein Sozialdemokrat als Ratgeber für chemische Kapitalisten.

In der bayerischen chemischen Fabrik Heusel ist unser dortiger Genosse, der sozialdemokratische Landtagsabgeordnete Dr. Haller von Hallertau, Aktionär. Durch seine offene und ehrliche Kritik einer verfahrenen Verwaltung ist er in der letzten Generalversammlung ein besserer Ratgeber der Kapitalisten geworden, als diese selbst. Er verwies mit Bezug auf die unglücklichen Ergebnisse des abgelaufenen Jahres auf frühere Berichte, insbesondere auf den vom Jahre 1904, in dem die Verhältnisse lange nicht so gut gewesen seien, als sie jetzt dargestellt worden waren. Wenn in dem Bericht für 1906 angegeben wurde, daß der Betriebverlust von 104.617 Mark zum Teil durch einen strengeren Maßstab bei der Bewertung der Aktien und zum Teil durch ein wenig vortheilhaftes Arbeiten herbeigeführt worden ist, so fehle die Angabe, in welchem Maße jeder dieser beiden Faktoren zu dem Verlust beigetragen habe. Der Ausschuss habe ja den wahren Wert der Aktien gegenüber den Angaben des früheren Direktors Gilbert belundet; so sei noch in 1905 ein Gewinn von 75.000 Mark ausgewiesen und daraus Erwidende bezahlt worden, während tatsächlich ein Vertriebsverlust von 23.759 Mark eingetreten war. Redner sprach sich gegen die Fortsetzung von Ausschleissarbeiten in Leffenberg aus, denn diese würden sehr teuer zu stehen kommen und Heusel habe dafür kein Geld. Es empfehle sich vielmehr ein Verkauf des Bergwerkes. Wünschenswert wäre sodann, den Gewinn bei dem Verkauf des Platinsesels von 131.577 Mark vollständig zu Abschreibungen zu benützen — anstatt ihn, wie vorgeschlagen, zum Teil (65.307 Mark) dem Gewinn- und Verlustkonto zuzuführen. Redner regt an, für das Unternehmen eine ständige Revisionskommission, bestehend aus technisch erfahrenen Personen, einzusetzen. Die bisherige formelle Revision könnte in Wegfall kommen. Von der Verwaltung wurde zugegeben, daß unter Direktor Gilbert manches vorgefallen sei, was besser unterblieben wäre. Direktor Gilbert habe bisher eine Zahlung nicht geleistet, sogar eine Zulage, für 12.000 Mark, ausgenommen, zurückgezogen. Die Gesellschaft wolle ihre Rechte energig wahrnehmen. Gegen die Einsetzung einer ständigen Revisionskommission sei nichts einzuwenden. Auf Panzendorf könnten zwar noch Tausende von Waggons Schmelzblech gehalten werden; zu einer guten Zukunft des Werkes sei allerdings nicht zu glauben. — So müssen sich chemische Kapitalisten größere gesellschaftliche Ehrlichkeit von einem — Sozialdemokraten predigen lassen!

Aus der Zuderindustrie.

Die Zahl der Rohzuderfabriken und Zuderrefinerien in Preußen beträgt nach den Berichten der Gewerbeinspektoren 315, die insgesamt 64.771 Arbeiter und Arbeiterinnen beschäftigen. Von den Beschäftigten sind 58.781 erwachsene männliche Arbeiter und 4988 Arbeiterinnen. Jugendliche Arbeiter (von 14—16 Jahren) waren 1006 beschäftigt; außerdem 1 Kind unter 14 Jahren.

Revidiert wurden im Jahre 1906: 294 Betriebe mit 59.981 Beschäftigten. Dabei wurden in 39 Betrieben 90 Verträge wider die gesetzlichen Bestimmungen zum Schutze jugendlicher Arbeiter erwidert; bestraft wurden aber nur 5 Personen. Einzelne Unternehmer führten die Beschäftigung jugendlicher Arbeiter auf den Mangel an Erwachsenen zurück und scheinen mit diesem durchsichtigen Argument auch ihren Zweck erreicht zu haben, denn die ausgeworfenen Strafen sind in den meisten Fällen geradezu lächerlich gering. So wurde z. B. der Direktor einer Zuderfabrik, der schon zweimal vorbestraft war, zuletzt mit 50 Mark Geldstrafe, wegen erneuter Ueberletzung zu 20 Mark — schreibt zwanzig Mark Geldstrafe verurteilt.

Die Bestimmungen zum Schutze der Arbeiterinnen wurden in 16 Betrieben 62 mal übertreten; bestraft wurden ganze 2 Personen. Die Milde gegenüber den Unternehmern kannte eben keine Grenzen. Ausnahmebewilligungen für Sonntagsarbeit erhielten 115 Betriebe für 181 Sonntage und Feiertage. In 156 Tagen betrug die bewilligte Sonntagsarbeit mehr wie 8 Stunden. Abgelehnt wurden nur 11 Gesuche. Danach scheint es den Zuderbaronen sehr leicht zu fallen, die Arbeiter auch für die Sonntagsarbeit zu erhalten.

Unfälle in den Zuderfabriken sind ziemlich häufig; Todesfälle ereigneten sich durch Verbrennungen infolge Ueberhitzens des Vorwärmers für den Maschinenraum, durch Explosion des Staubsaugers einer Schmelzmaschine, durch Hineingeraten in die Schmelztransportkanäle, durch Einsturz von Treppenstufen, durch Ueberfahrenwerden, durch Sturz beim Transport von Gegenständen und in unangelegentlichsten Transmissionen. In letzteren Fällen ist das Verschulden des Arbeitgebers offensichtlich, im übrigen wird in der Regel dem Arbeiter ein erheblicher Teil der Schuld beigegeben. Fast alle Verträge klagen über mangelnde Mitwirkung der Arbeiter bei der Unfallverhütung. Daß diese „mangelnde Mitwirkung“ allerhand Gründe hat, bleibt den Beamten fast immer verborgen. Daß der Arbeiter, getrieben durch Meister und Vorarbeiter, aber auch durch niedrige Akkordlöhne, Schußvorfahrungen bestraft weil sie ihn an der vollen Ausnutzung der Maschine hindern, daß er z. B. auch bei der in der Regel 12, oft auch 24- und 36stündigen Schicht in den Zuderfabriken, lediglich infolge Ueberanstrengung die Schußvorfahrungen ignoriert oder bestehende Vorschriften nicht befolgt, ist eine Tatsache, die jedoch, der die Arbeitsverhältnisse kennt, zur Genüge bekannt ist. Sehr richtig bemerkt auch der Beamte des Regierungsbezirks Bromberg, daß der häufige Wechsel der Arbeiter in den Fabriken an den Unfällen mit Schuld sei, weil dadurch die Kenntnis der Schußvorfahrungen gehindert werde. Und es ist ein ebenfalls Zeugnis für die Arbeiterorganisationen, wenn er dieser Konstatierung folgenden Satz anhängt: „Vielleicht kann der erziehlliche Einfluss der Arbeitervereine und Organisationen eine Verbesserung in der Mitwirkung der Arbeiter allmählich herbeiführen.“ Zweifelslos kann und wird die gewerkschaftliche Organisation in dieser Richtung wirken, aber nicht nur durch Belehrung, sondern in erster Linie durch Erlämpfung eines längeren Arbeitstages und angemessener Bezahlung.

Die Unterbringung der Wanderarbeiter in den Zuderfabriken ist angeblich besser geworden, inwiefern wird noch wiederholt konstatiert, daß die Arbeiter der Kaufkraft nach in die besten Lagen müssen, die die Zugarbeiter erst verlassen haben. Die Abort- und Wäschereihältnisse lassen an vielen Stellen noch zu wünschen übrig. In vielen Betrieben werden ausländische Arbeiter angestellt; angeblich ist Arbeitermangel die Ursache gewesen, in Wirklichkeit ist es aber der niedrigere Lohn, der den Ausländern gezahlt wird. In einzelnen Fällen gelang es der Organisation, Lohnerhöhungen zu erreichen, Zweckmäßigkeit erweist der Bericht aber nur einen.

Es wird noch häufiger Arbeit bedürfen, um die Zuderproleten für weitere Organisation zu gewinnen und ihnen dadurch die Möglichkeit zu geben, sich eine Verbesserung ihrer traurigen Arbeitsverhältnisse erkämpfen zu können.

Der technische Verein für Zuderfabrikanten hat in einer jüngst stattgefundenen Versammlung folgende Resolution gefaßt:

Die Versammlung erkennt einstimmig die Wichtigkeit und Dringlichkeit der Frage der Bildung eines Arbeitgeberverbandes innerhalb der Rubrik der Zuderfabriken und ersucht dementsprechend:

1. den Vorstand des Magdeburger Brandverbandes,
2. die bereits ausgearbeiteten und in den Grundzügen bekannt gemachten Satzungen des Arbeitgeberverbandes unverzüglich in das Rubrik der Zuderfabriken des Magdeburger Brandverbandes zur Kenntnisnahme zu übersenden,
- b) möglichst innerhalb der nächsten vier Wochen eine außerordentliche Generalversammlung des Brandverbandes ein-

zusprechen mit dem einzigen Punkte der Tagesordnung:

1. „Bildung eines Arbeitgeberverbandes“;
 2. ihren eigenen Vorstand, an sämtliche Arbeitgebervereine und Direktorenvereine der deutschen Zuderindustrie die dringende Bitte zu richten, in noch möglichst vor den außerordentlichen Generalversammlungen des Brandverbandes stattfindenden Versammlungen über die Frage der Bildung des Arbeitgeberverbandes an der Hand der überlieferten Satzungen zu verhandeln.“
- Offenlich nehmen sich die Arbeiter in den Zuderfabriken an vorstehendem ein Beispiel.

Streiks und Lohnbewegungen.

Brandenburg a. O. Hier reichten am 2. Juli unsere Kollegen am Schienenbau die Forderung auf Verlängerung der Arbeitszeit, sowie Erhöhung des Stundenlohnes ein. Erster wurde den Kollegen sofort bewilligt, die Erhöhung des Stundenlohnes aber strikte verweigert. Da in diesem Punkte von Seiten der Firma durch kein Entgegenkommen zu finden war, legten am 9. Juli sämtliche Kollegen die Arbeit nieder. Nun machte die Gesellschaft alle Anstrengungen, um Ersatzkräfte für ihre streikenden Arbeiter zu bekommen. Nachdem der Versuch, politische sowie auch italienische Arbeiter heranzuziehen, an der Anklärung seitens unserer streikenden Kollegen gescheitert war, versuchte es die Firma mit den bei ihr in der Schiffsahrt Beschäftigten, welche aber, da sie sämtlich organisiert sind, sich sofort mit den Streikenden solidarisch erklärten. Nun sah sich die Firma gezwungen, mit der Leitung der Streikenden, zu verhandeln, wobei folgendes vereinbart wurde: Der Lohn für alle Arbeiter wird von 37 auf 40 Pf. erhöht. Die Arbeitszeit beträgt 10 Stunden. Etwaige notwendig werdende Ueberstunden werden mit 5 Pf. Zuschlag bezahlt. Die Firma verpflichtet sich, sämtliche am Streik beteiligten Arbeiter wieder einzustellen. Die Streikenden erklärten sich mit diesen schriftlichen Uebermachungen einverstanden und nahmen nach 7-tägigem Kampfe die Arbeit wieder auf.

Halbjahrsbericht des Gaus 7.

Nicht minder kampfreich als das erste Halbjahr 1906 war das jetzt abgelaufene, wenn auch, von einigen Ausnahmen abgesehen, das ungestörte Drängen aus dem Vorjahre verschwand.

So ist es auch erklärlich, daß gegenüber 18 öffentlichen Versammlungen durch die Gauleitung 84 Betriebsversammlungen, die zum großen Teil durch Lohnbewegungen notwendig waren, abgehalten wurden.

Für Mitgliederbesammlungen hat der Gau in 25 Fällen Referenten ernannt.

Eine Konferenz tagte in Frankenthal, als deren Folge der Ausschuss mehrerer Zahlstellen an größere zu verzeichnen ist.

Eine Zahlstelle wurde neu gegründet. Neuwahlen wurden insgesamt 7 vorgenommen. Bei 8 Differenzen war die Gauleitung tätig, außerdem bei einer Aussperrung und 10 Arbeitseinstellungen. Was letztere anbetrifft, so sind immer noch manche Kollegen der Meinung, schneller ans Ziel zu kommen, wenn sie plötzlich die Arbeit niederlegen. Dieser verhängnisvolle Irrtum bringt dann die Kollegen in vielen Fällen um ihre sauer verdienten Pennen, die in den Sad der Firma fließen, weil die Arbeit ohne Aufsicht der Unternehmer in diesem Jahre ein stärkerer war. Gaben wir im Vorjahre noch mit dem einzelnen Fabrikanten verhandelt, so in diesem Jahre fast nur mit dem Vertreter der Unternehmerorganisation, die Frucht unserer vorjährigen Bewegungen. In allen Fällen aber waren unsere Partner bemüht, die Kommissions- oder Ausschussmitglieder aus den Betrieben herauszubringen, wohl weil es die intelligentesten sind, was ein Unternehmer uns ehrlich ins Gesicht sagte. Dieses Bestreben machte sich am stärksten dort bemerkbar, wo die Arbeiterkraft ohne Einhaltung der Kündigungsfrist in den Zustand trat. Ferner lassen sich die Firmen Mühe kosten, den Minimallohn so niedrig wie nur möglich zu halten. In Betrieben, wo starke Fluktuation ohne Gefahr für das Geschäft sich vollziehen kann, spart die betr. Firma eine nennenswerte Summe pro Jahr ein. Wo dagegen eine durchweg geschulte Arbeiterkraft erforderlich ist, kann dieser Ertrag für ein Geschäft gefährlich werden, da natürlich die intelligentesten Arbeitskräfte nicht dahin gehen, wo niedrige Minimallöhne bestehen.

Die Ursache der plötzlichen Arbeitseinstellungen war in drei Fällen Maßregelung, davon in zwei Fällen die Maßregelung selbst eine Folge der bereits eingeleiteten Lohnbewegung. In zwei Fällen trat die Arbeiterkraft (bei dem einen ohne Einhaltung der Kündigungsfrist) wegen Lohnreduzierung in den Zustand. Die Aussperrung bei Zimmermann, chemische Fabrik für Fein- und Dünger, erfolgte, weil die Arbeiterkraft mit den vorgeschlagenen Lohnsätzen der Firma nicht einverstanden war, da sie den bisherigen Löhnen gegenüber eine Verschlechterung brachten. Es gehört kaltes Blut dazu, um nicht in Erregung zu geraten, wenn der Arbeiter, ohne daß er sich das geringste zu schulden kommen ließ, vom Unternehmer mit der Polizei vom Arbeitsplatz hinweggeholt und plötzlich entlassen wird, wie es Dr. Zimmermann getan. Aber es waren alle, organisierten Kollegen, die wohl ahnten, welchen Wunsch die Firma hatte.

Diese Kollegen haben auch ihre Mühe bewahrt während des ganzen Ausstandes, ja sogar während der Rawallzeiten, denn nicht ein einziger der Streikenden war daran beteiligt, was hier nochmals ausdrücklich festgestellt sein soll, da doch die ganze bürgerliche Presse ungenügend, zum Teil verlogene Berichte in die Welt sandte. Einige Ur-„Schreier“ der Streikenden, die sich Journalisten schimpfen, schrieben direkt von „Schreitenden Streikenden“. Die deutschen Reichsstände lieferten das Streikbrechermaterial, soweit die christlich Organisierten nicht insfanden waren, die Streikarbeit fertigzustellen.

Dr. Zimmermann erließ im Ludwigsbafener „Generalanzeiger“ folgendes Juterat: „20 Arbeiter, 4 Geizer, unorganisiert oder der christlichen Gewerkschaft angehörend, gegen 4 Mark Lohn gesucht. Chemische Fabrik für Fein- und Dünger. Zimmermann.“

Ein solches Juterat spricht Bände. Dr. Zimmermann sagt hier mit ein paar Worten, daß ein Unternehmer mit Unorganisierten machen kann was er will, und daß die christlich Organisierten so hoch einzuschätzen sind wie Unorganisierte.

In Mannheim-Ludwigsbafener haben diese christlichen Gewerkschaftsführer ihre Rolle so ziemlich ausgeübt. Ist die Organisation, die hinter ihnen steht, an Zahl bedeutungslos, so kann man es einem Gewerkschaftsvertreter der freien Organisation nicht verdenken, wenn er auch aus dem Grunde mit christlichen Gewerkschaftsführern nichts zu tun haben will, weil er beständig Gefahr läuft, für eine beliebige Neuherstellung vor Gericht gezogen zu werden.

Was nun die Lohnbewegungen in der chemischen Industrie, mit der wir es im Gau 7 vornehmlich zu tun haben, im allgemeinen anbetrifft, so kann wohl angenommen werden, nachdem bereits mit den meisten Firmen wieder Tarife für 2 Jahre abgeschlossen sind, daß die Unternehmer dieser noch sehr entwickelungsstadium Industrie schon im ersten Stadium der Tarifbewegungen überhaupt erkannt haben, daß es vernünftiger ist, den Verhältnissen, die stärker sind als Menschen, Rechnung zu tragen und in friedlicher Weise mit den organisierten Arbeitern die Lohnverhältnisse zu regeln, was wohl zweifellos für beide Teile von Vorteil sein wird, was ja auch die Unternehmer und Arbeiter im Buchdruckgewerbe längst erkannt haben.

1. Halbjahrsbericht des Gaus 11 (Schlesien).

Als im vorigen Jahre der Verbandstag zu Leipzig beschloß, den Gau 2 wegen seines riesenhaften Umfangs und seiner starken Industrie zu teilen, wurde Schlesien und die Oberlausitz ein besonderer Gau, als dessen Leiter Unbesetzter gewählt, der Anfang Dezember 1906 seinen Posten antrat. Gleich zu Anfang, als die Kollegen wußten, der Gauleiter sei angetreten, gingen nicht bloß von den bereits bestehenden Zahlstellen, sondern auch seitens verschiedener Kantale Briefe ein, welche bald Versammlungen verlangten, um in dem seit Jahren vernachlässigten Industriegebiet unsere Berufscollegen ihrer Organisation zuzuführen. Allerdings konnte zunächst nur einem Teil Rechnung getragen werden, aber überall hat sich nach

Und nach einander lassen, sodaß wohl heute gesagt werden kann, keine Zahlstelle ist übersehen worden, wo nicht in der Verhinderung einer oder mehrerer Verhandlungen stattgefunden hätten. Folgende Zahlen zeigen, wie die Agitation verlaufen wurde. Es tagten 55 öffentliche und 41 Betriebsversammlungen, außerdem nahen der Gauleiter an 13 anderen Sitzungen, 3 Konferenzen der Gauleiter Schlesiens und an einer allgemeinen Zahlstellenleiterkonferenz, welche vom Landvorstand einberufen war, teil. Besonders in Oberschlesien war das Agitationsfeld ein schweres, nur in wenigen Orten war es möglich, Versammlungen abzuhalten, weil uns fast überall die Gasse von der Polizei und den Priestern abgetrieben werden, während man den Geschäftlichen freien Spielraum läßt. Auch in Niederschlesien, wo sich die Hochburgen der Hirsch-Dünderberger Gewerkschaft befinden, mußten wir auf alle erdenklichen Mittel setzen, um mit unseren Berufskollegen Verbindung zu bekommen. Auch hier sind es die Behörden, welche den freien Gewerkschaften das Abhalten von Versammlungen unmöglich machen. Ja, wir können eine ganze Reihe von Fällen anführen, wo die Polizei ihren Einfluß geltend machte, um im Verein mit Unternehmern uns unsere Lokale abzubrechen. Stundenweit mußten unsere Kollegen, welche christliche und Hirsch-Dünderberger Arbeiter nicht mitmachen wollten, laufen, um an her von uns einberufenen Versammlungen teilnehmen zu können. Trotz aller Schikanen, denen wir ausgesetzt waren, ist es auch bei uns in Schlesien stürmerisch vorwärts gegangen. 16 Zahlstellen wurden neu gegründet, welche sich alle, wenn auch langsam, aber sicher entwickelten, so daß heute Orte wie Riegnitz, wo es uns bis jetzt nie gelang, die Mitglieder zu halten, beinahe das erste Hundert erreicht haben. Ebenso waren im ersten Halbjahr einige Lohnbewegungen zu verzeichnen, wo der Landvorstand vermittelnd eingriff. In Riegnitz stellten unsere Kollegen in der dortigen Kunststein- und Zementwarenfabrik Forderungen, durch gültige Verhandlungen wurde ein Mehrlohn von 50 Pf. pro Tag, also 3 Mk. wöchentlich, erreicht. In der Papierfabrik Köstenthal bei Breslau wurde der bestehende Tarif unter bedeutenden Zugeständnissen auf ein weiteres Jahr verlängert. Im Breslauer Dabbelwerk wurde, nachdem der Gauleiter und Ortsbeamte mit dem leitenden Ingenieur verhandelt hatten, ein Tarif mit den Arbeitern abgeschlossen, welcher eine 5-10prozentige Lohnaufbesserung und die Anerkennung eines Arbeiterausschusses vorsieht. Der Streit der Asphaltwerke bei der Firma Stilller in Breslau mußte wegen Ausichtslosigkeit abgebrochen werden. Bei der Firma Archimedes gelang es dank des guten Organisationsverhältnisses, für verschiedene Abteilungen bessere Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu schaffen. Unsere Organisation war die ausschlaggebende. Auch war Breslau bei verschiedenen Streiks anderer Gewerkschaften beteiligt und wuchsen für die Kollegen bessere Verhältnisse geschaffen. In Lindenbusch bei Riegnitz richteten die Ziegeleiarbeiter, obwohl jung organisiert, Forderungen ein. Als Antwort hierauf wurden einige Organisierte entsandt, worauf sämtliche männlichen Kollegen die Arbeit einstellten. Zu Verhandlungen ließ sich der Unternehmer nicht herbei, und so wurde seitens der Zahlstelle Riegnitz die Sperrung über den Betrieb verhängt. Die Streikenden wurden nach wenigen Tagen anderweitig in viel besser bezahlte Stellen gebracht, und jetzt möchte der Herr Besitzer gern seine alten Leute durch allerhand Versprechungen wieder zu sich locken, aber auch jetzt denken die Arbeiter gar nicht daran, ihre besser bezahlte Arbeit zu verlassen, um in den Betrieb zurückzukehren. Der Herr Ziegeleibesitzer macht noch heute große Anstrengungen, um tüchtige Kräfte für niedrige Löhne zu erlangen, aber vergeblich. Alle anderen Betriebe der dortigen Gegend haben Lohnaufbesserungen von 2-3 Pf. pro Stunde eintreten lassen.

In der Rotherischen Kunstziegerei streikten die Sortierer. Man versuchte von Seiten der Meister die Sortierer zu überreden, die Arbeit ohne die drei Bevollmächtigten, welche sich unter den Streikenden befinden, wieder aufzunehmen. Als eine Kommission Herr Hans Rother erklärte, daß die Betriebsleitung nur die entlassenen drei Kollegen wieder einzustellen brauche, dann seien die Differenzen somit erledigt, erklärte Herr Rother: „Eher lasse ich mich an einen Baum hängen und bezahle, als daß ich den Arbeitern nachgehe.“ Nun, die Einigkeit der Kollegen wird Herrn Rother zeigen, daß auch er auf seinem Proteststandpunkt nicht stehen bleiben wird, da sich Arbeitswillige in Hainau nicht finden werden. Die Forderungen der Ziegeleiarbeiter Schlesiens sind ja sowieso nur durch die Unternehmer hervorgerufen, brachten es doch die Herren im Arbeitgeberverband fertig, im Frühjahr die Preise auf Mauersteine um ein Bedeutendes zu erhöhen. Wenn man den Verträgen bürgerlicher Blätter glauben schenken darf, erfolgte die Preissteigerung mit der Begründung, daß die Löhne der Arbeiter erheblich gestiegen und auch die Rohmaterialien teurer geworden seien. Wir können aber nachweisen, daß die Löhne der Arbeiter in den letzten drei Jahren stagniert, teilweise zurückgegangen sind. Nicht aus Unermüdung möchten wir den Streit in der Wünschendorfer Chamottefabrik von Knoch lassen, weil von den im Betriebe beschäftigten 300 Arbeitern und Arbeiterinnen alle bis auf ein Haderbuhenden Streikbrecher die Arbeit niederlegten, weil sie den Druck und die fortwährenden Lohnkürzungen des Herrn Knoch nicht länger auszuhalten glaubten. Im Interesse der Organisierten suchte der Gauleiter Verhandlungen nach und wurde zunächst Verkürzung der Arbeitszeit von 11 auf 10 Stunden täglich erreicht und der Lohn wurde um 2 Pf. pro Stunde erhöht.

Dies in kurzen Umrissen die Lohnbewegungen, welche uns befehrt waren; doch können wir hier betonen, daß sie bis auf eine zur Zufriedenheit der Kollegen beendet wurden. Nun noch einiges über die Agitation im allgemeinen. In verschiedenen Orten, wo für uns geradezu ungeheuer viel Industrie in Frage kommt, besonders in Oberschlesien, mußten wir die Wahrnehmung machen, daß unsere Vertrauensleute nicht Wert genug darauf legten, das Gewonnenere zu halten, sondern glaubten, daß jedes Mitglied, wenn es launig geworden war, auch selbst Beiträge in die Wohnung der Vertrauensleute bringen müsse; anstatt die Beiträge abzugeben und ihnen das Verbandsorgan aufzustellen, ließ man die Mitglieder, welche mit Mühe und Kosten gewonnen waren, wieder verloren gehen. Wenn dies in Zukunft anders werden soll, so werden alle an leitender Stelle stehenden Kollegen mehr Wert darauf legen müssen, die gewonnenen Mitglieder zu halten, die Organisation innerlich zu besetzen und die Zusammenkünfte der Mitglieder möglichst interessant zu gestalten. Jedes Mitglied muß zeigen, daß es durch unermüdliche Agitation den Gehalten der Organisation in die große, uns noch fernstehende Masse hineintragen hilft, damit die Schande: Schließen sei die Streikbrechergrube für ganz Deutschland, von uns abgewälzt werden kann. Sorge jeder Kollege dafür, daß wir am Jahreschluss berichten können, daß sich die Zahl der organisierten Arbeiter unseres Verbandes in Schlesien nicht bloß verdoppelt, sondern mehr als verdreifacht hat. Groß ist das Feld, welches allerorts im Gau noch zu bearbeiten ist. Darum sei im kommenden Halbjahr unsere Parole: Vorwärts, dem Ziel entgegen!

Fritz Zoppich, Breslau.

Gau Bayern.

Das erste Halbjahr 1907 brachte auch unserem Gau eine ziemlich lebhafte Lohnbewegung. In ca. 20 Orten des Gaues stellten unsere Kollegen und Kolleginnen an die Unternehmer Lohnforderungen, die auch zum überwiegenden Teil (mit einer einzigen Ausnahme) zugunsten der Kollegen durchgesetzt wurden. In Straßburg resp. Ausperrungen kam es dabei in Rünchen, Buchheim, Kolbermoor, Färth, Gabelsburg, Wunsfeld, Rürberg, Schmalbach, Straubing, Eberndorf und Widenitz. Die Forderungen erstreckten sich sowohl auf Erhöhung der Löhne, als auch auf Verkürzung der Arbeitszeit, in einigen Fällen auch auf Entlassung mißliebiger Vorgesetzter und Mitarbeiter. Von längerer Dauer war die Ausperrung unserer Kollegen in Wunsfeld (ein Bierstübchen), die mit einem guten Tarifabschluss endete, zweitens der Streit der Ziegeleiarbeiter in Straubing, der für ca. 200 Kollegen und Kolleginnen den Bestnundtag brachte, und der Streit in Gabelsburg, der ebenfalls bedeutende Lohnaufbesserungen für unsere dortigen Kollegen brachte. Die Ausperrung in Kolbermoor wurde von Seiten des Unternehmers in einer für die Arbeiter ungünstigen Zeit vorgenommen und dann mit Hilfe der christlich organisierten Arbeiter vom Unternehmer gewonnen.

Die übrigen Streiks waren nur von kurzer Dauer und durchweg mit Erfolg für die Arbeiter. Ein weiteres Eingehen auf die Erfolge bei den einzelnen Bewegungen können wir uns wohl erlauben, mit Rücksicht darauf, daß über dieselben ja regelmäßig in „Proletarier“ berichtet wurde.

Daß diese Bewegungen aber nicht bloß Erfolge, sondern auch manche Ueberfrachtung und Sehne für uns brachten, liegt auf der Hand. So versuchten die Ziegeleibesitzer von Straubing die italienischen Arbeiter gegen die deutschen auszuspielen, indem sie erklärten: „die Deutschen bekommen nichts, die Italiener 40 Proz. Zuschlag.“ Die Herren rechneten damit, daß mit dieser Maßnahme die Einigkeit der Streikenden zum Teufel ginge. Doch was niemand erwartete, wurde zur Lachhase, die Italiener erklärten, wenn man uns 100 Proz. gibt, so machen wir auch keine Streikarbeit; sprachen, schnürten ihr Bündel und zogen von dannen. Gewiß ein schöner, erhebender Beweis von Solidarität, um so schöner, wenn man bedenkt, daß nur ein kleiner Teil von ihnen organisiert war.

Wie viel weniger schön ist dagegen sehr oft das Verhalten von Mitgliedern anderer Organisationen, die bei gemeinsamen Lohnbewegungen regelmäßig nur an sich denken. Oft genug kommt es vor, daß die geleiteten Arbeiter auf Abhängigkeit von Lohnbewegungen drängen, wenn ihre Forderungen bewilligt sind, unbekümmert darum, ob dabei auch die Hilfsarbeiter auf ihre Rechnung kommen. An dieser Stelle sei auch zugleich auf einen Mißstand hingewiesen, dem man regelmäßig bei Lohnbewegungen begegnen kann. Man findet selbst bei lange organisierten Mitgliedern, daß sie das Gelingen einer Lohnbewegung einzig und allein von einer guten Organisation abhängig machen. Sie sind beinahe sämtlich organisiert und bezugsberechtigt, so heißt es, und wenn jetzt nichts gemacht wird, treten uns die Leute wieder aus dem Verbande aus. Konjunktur, Unternehmerorganisation, Produktionsweise und Betriebsart sind für sie nebensächliche Dinge, und doch sind dieselben oft von beinahe so großer Bedeutung wie eine gute Organisation. Macht dann der Verbandsvorstand auf all diese Dinge aufmerksam und macht zur Vorsicht, so wirkt man ihn Verräter vor und verliert das doch so notwendige Vertrauen. Es dürfte gewiß nicht schaden, in ruhigen Zeiten mehr als bisher die Mitglieder auf all diese Dinge aufmerksam zu machen.

Schließlich sei auch noch auf den gefährlichen Einfluß der bürgerlichen Presse hingewiesen. Wir denken dabei aber gar nicht an den verdummenden, jedes Klassenbewußtsein erstickenden Einfluß auf die Arbeiter selbst, sondern auf die Tätigkeit dieser Blätter als Streikbrecherorgan. Mindestens 90 Prozent aller Streikbrecher, die bei den genannten Lohnbewegungen von auswärts zureisten, beriefen sich auf Inserate in den Tagesblättern. Kein noch so gelehrter Streikbrecheragent, und wenn er mit den reichlichsten Mitteln ausgestattet wäre, könnte auch nur den zehnten Teil von diesen Subjekten aufstreifen, wie dies die in 10- und 100 000 von Exemplaren in alle Gegenden hinausgeschickten bürgerlichen Blätter tun. Und was auf der einen Seite durch solche Streikbrecherinzerate geschadet wird, sucht man auf der anderen Seite zu ergänzen, indem man durch möglichst gehässige Artikel über die Streikenden selbst die Sympathie der Bevölkerung und das Siegesbewußtsein der Streikenden zu erschüttern sucht. Den Streikbrecher, der, vielleicht durch tausend Mägen gezwungen zum Dumpen wird, ipudat man ins Gesicht, eine Zeitung, die lediglich aus schänder Gewinnsucht, und um ihren Haß gegen alles, was organisiert ist, zu stillen, Streikbrecher wirbt, eine solche Zeitung wird nicht bloß von den indifferenten Arbeitern, sondern auch von der organisierten Arbeiterschaft mit Vorliebe abonniert. Kein Arbeiter, der organisiert ist und dabei eine bürgerliche Zeitung abonniert, kann als ehrlicher Kollege betrachtet werden. Er handelt wie ein Infiltrierer, wie ein Gegner der Organisation.

Zum Schluß sei hier noch eine Frage aufgeworfen. Die Zahl der in Deutschland als Saisonarbeiter beschäftigten Ausländer, wie Italiener und Polen, ist ziemlich groß. In den Heimatsorten dieser Leute gibt es meistens keine Organisation, die Folge ist, daß dann die Leute keine Beiträge mehr bezahlen und wenn sie dann im Frühjahr wieder kommen, aufs neue aufgenommen werden müssen, so kommen die Leute niemals in den Genuß ihrer statutarischen Rechte, sie sind immer neu aufzunehmene Mitglieder. Wie soll dem nun abgeholfen werden? Könnte nicht die Sache schließlich so geregelt werden, daß Ausländer, die nur zur Saison hier arbeiten, im Winter, wie das bei den Italienern der Fall ist, arbeitslos sind, daß für diese Kollegen die Zeit der Vertragsfreiheit auf 16 Wochen erhöht würde, dafür aber die Arbeitslosenunterstützung ganz in Wegfall käme?

Praktische Bedeutung hat für die Italiener die Arbeitslosenunterstützung ja doch nur in Ausnahmefällen. Im Sommer braucht er sie nicht, im Winter ist er nicht hier, um sie beziehen zu können. Vielleicht äußern sich einige Kollegen zu dieser Frage.

Stammer.

Verwaltungsberichte.

Wiskerleben. Am 6. Juli tagte in Willes Lokal unsere monatliche Mitgliederversammlung. Ein Kollege beschwerte sich darüber, daß ein Hilfsarbeiter die Karten vor dem Einleiten stampelt, es wird dieses als nicht statthaft bezeichnet, da der Stempel das „Weisse“ in jedem Feld berühren soll. (Sehr richtig! D. N.) Der erste Bevollmächtigte erwähnt nun den dreitägigen Streit der Hilfsarbeiter in der Ziegerei der Wiskerleberer Maschinenbau-Werkstatt. Der Lohn der betr. Kollegen betrug vor dem Streit 28, 30 und 32 Pf. pro Stunde. Befordert wurden 30 Pf. Anfangslohn, nach halbjähriger Tätigkeit 33 Pf. und nach einjähriger Tätigkeit 35 Pf. Dieses wurde seitens der Direktion der hiesigen Hilfsarbeiter-Kommission nicht bewilligt, worauf die Kollegen die Arbeit niederlegten. Durch Vermittlung der bestehenden Formen-Kommission bewilligte die Direktion 30, 32 und 34 Pf. pro Stunde, ohne jegliche Zeitbestimmung. Eine im Beisein des Gauleiters Großmann-Wagdeburg abgehaltene Besprechung faßte nach lebhafter Debatte den Beschluß, daß die Arbeit nach den von der Direktion gegebenen Bedingungen aufgenommen wurde. Die Direktion drohte mit einer event. Ausperrung. Unter Punkt 2 gab der Hauptkassierer die Abrechnung vom 2. Quartal bekannt. Die anwesenden Revisoren bestätigten dieselbe und es erfolgte hierauf die Entlastung des Kassierers. Der Vorschlag, von der Lokalkasse einen Teil, etwa 150 Mk., auf der Sparkasse anzulegen, fand einstimmige Annahme. Bevor der Vorsitzende die Versammlung schloß, eruchte er die sich zur Kranken- oder Erwerbslosen-Kontrolle meldenden Kollegen, dies nicht im Lager des Konsums, Oberstr. 1, wo jeblicher als Lagerhalter funktioniert, sondern in seiner Privatwohnung, Oberstr. 16, zu tun.

Drauschnig. Am 9. Juli tagte im „Gewerkschaftsraum“ eine stark besuchte Mitgliederversammlung, die sich mit dem Ausschluß des früheren Geschäftsführers der Zahlstelle, Robert Wippmann, zu beschäftigen hatte. Kollege Häupler begründete den Ausschlußantrag der Ortsverwaltung. Redner erläuterte eingehend die Wippmann zur Zeit gelegenen Vergehen gegen das Verbandsstatut. Zur Verteidigung führte Wippmann alle ihm zur Zeit gelegenen Vergehen auf Ueberarbeit und guten Glauben zurück. Die Anklage selbst konnte er nicht widerlegen. In der darauf folgenden Diskussion geißelte vor allem Kollege Gref mit bitterem Spott die Handlungs- und Charakterweise des A. Die Kollegen Ohlendorf und Großmann ergänzten die Ausführungen des Kollegen Häupler immer neue Momente bringend. Nach kurzen persönlichen Bemerkungen konnte zur Abstimmung geschritten werden. Als Resultat war zu verzeichnen, daß Wippmann mit 2/3 Majorität aus dem Verbande ausgeschlossen wurde. Stürmisches Bravo im ganzen Saale begleitete das Abstimmungsresultat. Rüge nunmehr der Forderungen in Braunshweig seinen Einzug halten. Die Mitgliedschaft selbst kann ihn herbeiführen.

Bergedorf. In der Hauptversammlung am Donnerstag, den 18. Juli, gab der Geschäftsführer, Kollege Stille, einen Bericht über die Entwicklung der Zahlstelle im verflochtenen 2. Quartal und über die stattgehabten Lohnbewegungen. Die Weiterentwicklung der örtlichen Organisation wurde durch die nicht sehr reichliche Arbeitslosigkeit am Orte und das gänzliche Eingehen eines Betriebes ungünstig beeinflusst. Wenn wir dennoch einen Gewinn von 89 Mk.

gleitern in diesem Zeitraum zu verzeichnen hatten, so müssen wir uns unter den gegebenen Umständen damit zufrieden geben. Zwecks Agitation und Beratung der Arbeitsverhältnisse wurden in 13 Betrieben Betriebsversammlungen abgehalten. In mehreren Betrieben fanden diese Versammlungen wiederholt statt. Unter den Ziegeleiarbeitern ist die Agitation intensiv, aber nicht sehr erfolgreich betrieben worden. Lohnbewegungen, die durch Verhandlungen mit Erfolg erledigt wurden, hatten wir 3 zu verzeichnen. Auf drei Arbeitsplätzen kam es zu Arbeitseinstellungen meist kleinen Anfangs und von geringer Dauer. In drei von diesen sechs Betrieben waren Forderungen gestellt, in einem mußte eine Reduktion der Arbeitszeit abgewehrt werden und in zwei Fällen war die Abregulierung die Ursache. Die Arbeitseinstellungen endeten in zwei Fällen mit Erfolg, in drei Fällen mit teilweiseem Erfolg und in einem Falle erfolglos. Rund 350 Kolleginnen und Kollegen waren an den verschiedenen Lohnbewegungen beteiligt. Wenn auch ein Fortschritt bezüglich der Methode bei Führung von Lohnkämpfen in unierten Reihen unverkennbar ist, so bleibt doch noch manches in dieser Richtung zu tun übrig. Nur gut vorbereitete Lohnbewegungen bieten die Gewähr des Erfolges. Nach einer kurzen Diskussion wurde der Kartellbericht entgegengenommen und noch beschlossen, uns an dem Sommervergügen der Zahlstelle Hamburg mit Freude zu beteiligen.

Bahnhof. Sonntag, den 14. Juli, tagte unsere regelmäßige Mitglieder-Versammlung. Der Kollege Millau hielt einen mit Beifall aufgenommenen Vortrag über: „Der Kapitalismus“. Von einer Debatte wurde Abstand genommen, weil noch weitere wichtige Sachen zu erledigen waren. Die Debatte soll in einer späteren Versammlung erledigt werden. Vor vier Wochen war beschlossen worden, wegen Erhöhung des Lokalbeitrages eine Abstimmung vorzunehmen. Diese sollte in der Versammlung vom 14. Juli vorgenommen werden. Von anwesend 500 Mitgliedern hatten sich nur 116 beteiligt. Ob solchen Resultats nahm die Versammlung Anlaß die Angelegenheit um 14 Tage zu verschieben. Die Hilfskassierer waren, die Fragebogen bei den Mitgliedern abzuholen. — auf der Papierfabrik Hernes u. Co., wo wir eine stattliche Zahl Kollegen organisiert haben, ist von diesen der Firma ein Lohnarif unterbreitet worden. Es steht zu erwarten, daß Verhandlungen stattfinden werden und ein günstiges Resultat erzielt wird.

Geesthacht. In der Mitgliederversammlung am Sonntag, den 14. Juli 1907, wurde die Vorrechnung vom 2. Quartal vorgelegt. Der Kartellbericht erstattete Kollege Wahlgren. Er erwähnte unter anderem noch das Vorgehen der hiesigen Gastwirtsgehülften, mit deren Differenzen sich schon öfter das Gewerkschaftskartell befaßt hat, und die jetzt wegen einer Bagatelldade die Sperrung über das Mosaische Lokal verhängt hatten. Da nun das letzte Vergnügen unseres Verbandes bei diesem Wirt nicht mehr rüdgängig gemacht werden konnte, beschloß eine Mitgliederversammlung, da wir uns nicht von Unorganisierten bedienen lassen wollten, daß wir Mitglieder unseres Verbandes als Kellner nehmen wollten. Dieses hatte nun den Hohn der Gastwirtsgehülften erregt und meinten, unsere Kollegen sollten dann Streikbrecher spielen. Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen: „Die heutige Mitgliederversammlung des Fabrikarbeiterverbandes erklärt sich mit dem Verhalten ihrer Delegierten betr. der Gastwirtsgehülften konta Mosel vollkommen einverstanden und spricht ihr Befremden darüber aus, daß die Gastwirtsgehülften erklärt haben, nicht auf dem Felde der Fabrikarbeiter arbeiten zu wollen, während die außerhalb der Zentralorganisation stehenden Hamburger Mordmaurer im Lokal des Herrn Weder bedient haben.“ Dann ermahnte noch der Bevollmächtigte, in der Agitation auf den Kartellverwehren von Fahrentzug nicht zu erlassen, da sich dort jetzt schon wieder Mißstände zeigen.

Niel. Am Dienstag, den 2. Juli, tagte in unserem neuen Heim, dem Gewerkschaftshaus, unsere ordentliche Mitgliederversammlung. Der Geschäftsführer, Kollege Herzog, hielt einen Vortrag über das Thema: „W o n a l e b t d u ?“ In einstündiger, allgemein verständlicher Rede erläuterte er die Entstehung des Mehrwertes, des Profites. Redner verstand es, den Anwesenden vor Augen zu führen, wie die Arbeiter nur die Hälfte ihres Lebens für sich, die andere jedoch für den Kapitalisten arbeiten und so den Mehrwert, den Profit, schaffen, womit diese ein äppiges Leben zu führen in die Lage versetzt werden. Referent untersuchte auch, ob es möglich und für die Allgemeinheit nützlich sei, die Produktionsmittel und den Grund und Boden, welche heute Privateigentum seien, zu bergemeinschaftlichen. — Der zweite Punkt umfaßte den Kartellbericht, welchen Kollege J. erstattete. Im Laufe der Debatte wurde den Kartellbelegten anberathen, im Kartell vorstellig zu werden, daß die ewigen Reibereien zwischen den Organisationen vermindert werden könnten. — Beim dritten Punkt: Abrechnung vom Sommerfest, ergab sich ein Ueberzuss von 86,80 Mk. — Unter „Verfälschtes“ behandelte man auch die Ausperrung auf der Germania-Werk, woran 92 unserer Kollegen beteiligt sind. Es wurde beschlossen, denjenigen, welche noch keine Unterstützung aus der Hauptkasse erhalten, eine solche aus der Lokalkasse zu gewähren, und zwar den Beschäftigten 6 Mk. und den Ledigen 4 Mk. — Durch den Verammlungsbeschluss, welcher ein außerordentlich harter war, haben die Mitglieder gezeigt, daß sie gewillt sind, einen besseren Geist mit ins neue Gewerkschaftshaus zu bringen, mögen sie es weiter so halten. Die Ortsverwaltung wird eifrig bestrebt sein, das, was sie in dem letzten Flugblatt verprochen hat, auch zu halten, getreu dem Wahlspruch: „Einigkeit macht stark!“

Niel. Eine gutbesuchte Versammlung tagte am 16. Juli im „Kaiseraal“ in Gaarden. Der Arbeitersekretär Paul Gref referierte über Arbeiterversicherungsangelegenheiten. Er behandelte das Unfallversicherungsgezet als das wichtigste und erstete reichen Beifall für seine trefflichen Ausführungen. Es wurde der Wunsch geäußert, daß, wenn der Verammlungsbeschluss ein derartig guter bleibt und noch stärker wird, derartige Vorträge mehr gehalten werden sollen. Im 2. Punkt gab der Geschäftsführer die Abrechnung vom 2. Quartal. Derselbe bilanziert für die Hauptkasse in Einnahme und Ausgabe mit 1247,80 Mk., für die Lokalkasse mit 3850,21 Mk. Der Kassenbestand beträgt 1186,89 Mk. Aufgenommen wurden 180 Mitglieder, sodaß jetzt ein Mitgliederbestand von 837 männlichen und 85 weiblichen vorhanden ist. 9 Versammlungen wurden abgehalten. Außerdem machten sich 10 Betriebsversammlungen und 28 Sitzungen nötig. Zur Verchiedenen wurden noch einige lokale Angelegenheiten geregelt.

Wichtige Gerichtsurteile.

— Wenn Zwei dasselbe tun . . . Die beiden Kollegen L. Dierdorf und H. Reuter hatten sich wegen Verletzung und Bedrohung des Arbeitswilligen Güberlein, begangen während der Fabriklausperrung, vor dem Schöffengericht in Lauenburg zu verantworten. Der Anklage liegt folgender Tatbestand zugrunde: Am 30. Mai stand der Angeklagte Reuter mit dem heute als Zeugen geladenen Arbeiter Droff auf der Berlinerstraße in der Nähe der Zarnbüschen Fabrik Streikposten; zu ihnen gestellte sich der Arbeitswillige Dierdorf. Kurz nach 6 Uhr trafen sie auf den Arbeitswilligen Güberlein. Die beiden Angeklagten verjuchten nun, in gütlicher Weise auf denselben einzuwirken und hielten ihm das Schwachwolle und Ungehörige seiner Handlungsweise vor Augen. Hierbei saßen nun, wie die Anklage behauptet und von dem als Zeugen geladenen Güberlein unter Eid ausgesagt wird, die Ausfahrungen „Schwermund“ und „Dir wird es in deinem späteren Leben noch einmal leicht gehen“ gefallen sein. Die beiden Angeklagten bestreiten entschieden, diese Ausfahrungen getan zu haben, und auch der Zeuge Droff sagt unter Eid aus, daß derartige schroffe Redensarten bei dem Zusammenreffen nicht gefallen seien. Rechtsanwalt Dr. Herz-Altona, als Verteidiger der Angeklagten, bezweifelt zunächst die Anwendbarkeit des § 152 der Gewerbeordnung, auf welchen sich die Anklage stützt. Die ausgesperrten Arbeiter hätten nicht den Zweck verfolgt, gütigere Lohn- und Arbeitsbedingungen zu erlangen, sie waren nicht die Angreifer, sondern die Angegriffenen. Wenn nun auch die Zarnbüschen Arbeiter geplant hätten, in abschüssiger Zeit eine Lohnforderung zu stellen, so wäre es bis zur Einreichung dieser Forderung doch noch ein guter Schritt weiter, an dem Tage, an welchem die Ausperrung erfolgte, der Zentralverband keine Zustimmung zur Einreichung der Forderung noch nicht erteilt hatte. Der Vertreter der Anklage ist hierauf der Ansicht, daß

